



Ralph Brinkhaus

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73910

Fax 030 227 – 76910

E-Mail: ralph.brinkhaus@bundestag.de

Ralph Brinkhaus verurteilt Verletzungen der Religionsfreiheit

„Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit“ im Bundestag vorgestellt

Der Deutsche Bundestag hat in der Parlamentssitzung am heutigen Freitag über den „Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit“ debattiert.

Der Gütersloher Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus verurteilt in diesem Zusammenhang vor allem, dass es den Menschen noch immer in einigen Ländern der Welt nicht möglich ist ihre Religion auszuleben, ohne dabei um Leib und Leben zu fürchten. „Einige Staaten kommen ihrer Verpflichtung zum Schutz religiöser Minderheiten nicht nach“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Brinkhaus erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass der Kreis Gütersloh ein zentraler Zufluchtsort für viele syrisch-orthodoxe Christen geworden sei. So leben in Gütersloh und Umgebung zum Beispiel mehr als 13.000 Aramäer, von denen viele in ihren Heimatländern Repressalien erlebt hätten. Zudem unterhält der Zentralverband der assyrischen Vereinigungen in Deutschland (ZAVD) seine Geschäftsstelle in Gütersloh.

Der „Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit“ war von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragt worden. „Nur wenn diese Informationen vorliegen, können wir auch für das Menschenrecht der Religionsfreiheit aktiv eintreten“, sagt Brinkhaus. Schließlich sei das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert.

In dem Bericht stellt die Bundesregierung fest, dass in zahlreichen Ländern Diskriminierungen unterschiedlichster Art stattfänden. So sei es beispielsweise manchmal nicht möglich, sich von einer bestimmten Religion abzuwenden. Auch sei der gleichberechtigte Zugang zu öffentlichen Ämtern oder der Bau und die Pflege religiöser Einrichtungen mancherorts erschwert.

Pressenmitteilung